

Netzwerk Kinder von Inhaftierten

(Frage 1) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für die Entwicklung eines Systems, das Daten zur Anzahl der Kinder mit Eltern in Haft sowie deren Lebenssituation erhebt und das Angebote für Kinder inhaftierter Eltern erfasst?

Eine Orientierung am Kindeswohl und dessen bestmögliche Berücksichtigung in einer für Kinder durch die Inhaftierung eines Elternteils ohnehin belastenden Situation kann nur dann umfassend gelingen, wenn nach Möglichkeit sämtliche Umstände der (bisherigen) Lebenssituation bekannt sind. Eine derartige Datenerhebung findet derzeit in Hessen nicht statt. Da wir dies allerdings für einen guten Ansatz halten, um zielgerichtete Hilfsangebote unterbreiten und eine gute Unterstützung anbieten zu können, werden wir diesen Ansatz weiterverfolgen. Selbstverständlich muss dies unter Beachtung des Datenschutzes und insbesondere des Wohles der Kinder erfolgen.

(Frage 2) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kindern kindgerechte Besuche und Kontakt mit ihren inhaftierten Eltern zu ermöglichen (sofern sie dem Wohl des Kindes entsprechen), zum Beispiel durch häufigere und längere Besuchszeiten? Und um zusätzliche Kontaktmöglichkeiten über digitale Formate einzurichten (gemäß den Empfehlungen des Ministerkomitees des Europarates zu Kindern inhaftierter Eltern von 2018)?

(Frage 4) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Angebote zu unterstützen und auszubauen, die inhaftierten Eltern eine Teilhabe an der Elternschaft ermöglichen und ihre Beziehungs- und Erziehungskompetenz erweitern (im Sinne einer verlässlichen Elternschaft zum Wohle des Kindes)?

Die Fragen 2 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet: Wir sind der Überzeugung, dass sich die Chancen auf eine spätere Resozialisierung deutlich erhöhen, wenn sich Gefangene an ihren Familien orientieren können. Wir wollen daher auch aus diesem Grund, aber auch aus Gründen des Kindeswohls diese notwendige Familienorientierung unterstützen. Dies kann unter anderem durch die Bereitstellung geeigneter und kindgerechter Räumlichkeiten und durch verlängerte Besuchszeiten erreicht werden. Im Fall von konfliktbelasteten Familien können Gesprächs- und Trainingsangebote Klärungsprozesse in Gang setzen bzw. auf getrennte Lebensperspektiven vorbereiten. Derartige Angebote wollen wir etablieren und bereits bestehende Angebote ausbauen.

Wir wollen auch in den Justizvollzugsanstalten moderne Formen der Telekommunikation etablieren. Diese erweitern den Möglichkeitsrahmen der Gefangenen erheblich und dienen der Gesellschaft langfristig im Sinne einer mit größerer Wahrscheinlichkeit gelungenen Resozialisierung. Sie halten die Gefangenen auf verschiedene Weise im Kontakt zur Außenwelt und damit auch zu ihrer Familie. Die Nutzung von Instant-Messaging-Diensten eröffnet etwa eine virtuelle Besuchsmöglichkeit (zum Beispiel für Kinder). Deshalb fordern wir, dass gerade auch die in der Pandemie geschaffenen Möglichkeiten weiterhin genutzt und ausgebaut werden. Die modernen Telekommunikationsmittel sollen den Gefangenen zwar nicht ungehindert, allerdings zu definierten und sozial erwünschten Zwecken zur Verfügung stehen.

(Frage 3) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um der Kinder- und Jugendhilfe, dem Justizvollzug und den Eltern hinreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die die Umsetzung der Besuchs- und Kontaktrechte von Kindern inhaftierter Eltern sicherstellen?

Für die Sicherstellung der Besuchs- und Kontaktrechte von Kindern inhaftierter Eltern kommt es auf eine effiziente Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure aus den Bereichen Justiz, Justizvollzug und Kinder- und Jugendhilfe an. In diesen Bereichen kommt es somit entscheidend auf eine gute finanzielle und personelle Ausstattung an. Der personellen Unterversorgung der hessischen Justiz, die zu einer Überlastung dieser geführt hat, wollen wir durch eine neue Personalgewinnungsstrategie zu begegnen. Wir werden spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote für Vollzugsbedienstete entwickeln: zum einen für die persönliche Weiterbildung und zum anderen, um die Gefangenen bei ihrer Resozialisierung bestmöglich unterstützen zu können.

Aus Sicht der Freien Demokraten sollten Vereine, die sich im Vollzugsbereich engagieren, stärker in den Vollzugsalltag integriert werden. So existieren bereits Vereine, die zum Ziel haben, Kinder von Inhaftierten als eine eigenständige Zielgruppe mit spezifischen Bedürfnissen wahrzunehmen und ihnen dabei zu helfen, entsprechenden Unterstützungsbedarf einzufordern und zu erhalten. (Kinder im Mittelpunkt – seit 2023 „Netzwerk Kinder von Inhaftierten Hessen“ Netzwerk Kinder von Inhaftierten Hessen | AKTION - Perspektiven für junge Menschen und Familien e.V. (aktion-verein.org)) In diesem Bereich wollen wir die Zusammenarbeit der Vollzugsanstalten mit bestehenden Projekten forcieren.

In Anbetracht der Wichtigkeit einer gut aufgestellten Straffälligenhilfe und eines wirksamen Hilfsangebots für betroffene Kinder, die auch essentiell für die Wiedereingliederung und Resozialisierung von straffällig Gewordenen sind, werden wir uns dafür einsetzen, dass das Budget im Haushalt des Landes Hessen für derartige sozialpolitischen Maßnahmen nicht nur erhalten, sondern auch im notwendigen Umfang erhöht wird. Ein derartiges Engagement bedarf einer verlässlichen Planungs- und Zukunftssicherheit, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können.